



NIEDERSCHRIFT

38. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr der Stadt Weiterstadt

Legislaturperiode VIII 2006/2011

am	18. März 2010
im	Rathaus, Riedbahnstraße 6, Sitzungsraum Verneuil sur Seine
Beginn	19:00 Uhr
Ende	20:30 Uhr

Anwesende:

Vorsitz

Köhler, Lutz

SPD-Fraktion

Burger, Stephan
Engelmann, Robert
Hofmann, Doris

CDU-Fraktion

Mager, Marcus
Wegstein, Holger

ALW-Fraktion

Moter, Erna
Wächter, Gunter

FWW-Fraktion

Störmer, Gerd

Stadtverordnetenvorsteher/Stellvertreter

Hasenauer, Josef
Spätling-Slomka, Dorothea

Magistrat

Becker, Ernst-Ludwig
Höll, Herbert

Jahns, Manfred
Mager, Philipp
Rohrbach, Peter
Röhrig, Reinhold
Zeller, Gerhard

Ausländerbeirat

Tomasulo, Maria Donata

Seniorenbeirat

Wagner, Edda

Behindertenbeauftragter

Baron, Norbert

Schriftführer

Latocha, Georg

Verwaltung

Kirchner, Anke
Risch, Horst
Wigand, Klaus

Presse

Paflik, Berit

Der Vorsitzende des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr, Herr Köhler, eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Einladungen fristgerecht und ordnungsgemäß ergangen sind (§§ 56 und 58 HGO), die Sitzung öffentlich bekannt gemacht wurde (§ 58 HGO) und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Folgende Tagesordnung wird festgestellt:

	Drucksache
1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr vom 18.02.2010	
2. Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplanes für die Grundstücke Gemarkung Weiterstadt, Flur 17, Flurstücke 28 und 29, An der Rodwiese, "Nördlich der Bahnlinie" Antrag auf Änderung des Flächennutzungsplan Weiterstadt	VIII/0911/1
3. Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes "Westlich der Goethestraße" für das Grundstück Gemarkung Schneppenhausen, Flur 1, Flurstücke 203/2, Lessingstraße ; Entscheidung über die Einleitung des Bebauungsplanverfahrens gem. §1 Abs. 3 BauGB i.V.m. §12 Abs.2 BauGB	VIII/0919/1
4. "Weg der Sinne" im Braunshardter Tännchen - Anfrage der ALW-Fraktion	VIII/0487/3
5. Schlossplatzgestaltung am Braunshardter Schloss, Antrag der SPD-Fraktion	VIII/0868 VIII/0868/2
6. Rechtsgutachten zum Ausbau der BAB A 5, Antrag der FWW-Fraktion	VIII/0866 VIII/0866/2
7. Entsorgung von Altmedikamenten, Antrag der ALW-Fraktion	VIII/0908

Tagesordnungspunkt 1

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr vom 18.02.2010

Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung vom 18.02.2010 werden nicht erhoben. Sie ist somit rechtskräftig.

Tagesordnungspunkt 2

Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplanes für die Grundstücke Gemarkung Weiterstadt, Flur 17, Flurstücke 28 und 29, An der Rodwiese, "Nördlich der Bahnlinie"

Antrag auf Änderung des Flächennutzungsplan Weiterstadt

Drucksache: VIII/0911/1

Bürgermeister Rohrbach stellt die Drucksache vor. Er macht von dem Recht gemäß § 59 Satz 4 HGO Gebrauch und stellt eine von der Auffassung des Magistrates abweichende Meinung vor. Bürgermeister Rohrbach erläutert die Gründe, die in einer Abwägung der in der Drucksache angeführten Argumente zu der positiven Empfehlung der Verwaltung zur Aufstellung eines Bebauungsplanes geführt haben.

Weiterhin berichtet Bürgermeister Rohrbach von Gesprächen mit dem Eigentümer des in unmittelbarer Nachbarschaft gelegenen Landwirtschaftsbetriebes. Es gibt Überlegungen, den Geltungsbereich des Bebauungsplanes über den beantragten Bereich auch auf die Fläche des landwirtschaftlichen Betriebes auszudehnen und so eventuelle Nutzungskonflikte in Rahmen der Bebauungsplanaufstellung zu bewältigen.

Die FWW-Fraktion weist darauf hin, dass der Lärmschutz gegenüber der Bahnstrecke besonders berücksichtigt werden muss.

Dem Antragsteller wird Gelegenheit gegeben, zu seinem Antrag Stellung zu nehmen.

Die SPD-Fraktion beantragt, der Aufstellung des Bebauungsplanes zuzustimmen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

1. Der Aufstellung eines Bebauungsplanes „Nördlich der Bahnlinie“ für die Grundstücke Gemarkung Weiterstadt, Flur 17, Flurstücke Nr. 28 und 29, An der Rodwiese, zum Zwecke der Errichtung von Wohngebäuden im gegenwärtigen Gartenbereich wird zugestimmt.
2. Der Flächennutzungsplan Weiterstadt wird im Parallelverfahren geändert.
3. Die Kosten trägt der Veranlasser.

Abstimmungsergebnis:

6	Ja-Stimmen	(2 ALW, 1 FWW, 3 SPD)
3	Enthaltungen	(3 CDU)

Tagesordnungspunkt 3

**Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes "Westlich der Goethestraße" für das Grundstück Gemarkung Schneppenhausen, Flur 1, Flurstücke 203/2, Lessingstraße
Entscheidung über die Einleitung des Bebauungsplanverfahrens gem. §1 Abs. 3 BauGB
i.V.m. § 12 Abs. 2 BauGB
Drucksache: VIII/0919/1**

Bürgermeister Rohrbach stellt die Drucksache vor. Er macht von dem Recht gemäß § 59 Satz 4 HGO Gebrauch und stellt eine von der Auffassung des Magistrates abweichende Meinung vor. Bürgermeister Rohrbach erläutert die Gründe, die in einer Abwägung der in der Drucksache angeführten Argumente zu der positiven Empfehlung der Verwaltung zur Aufstellung eines Bebauungsplanes geführt haben.

Die CDU-Fraktion beantragt, nicht bereits im Aufstellungsbeschluss die Doppelhäuser wie vom Antragsteller gewünscht festzuschreiben, sondern im Verfahren eine höhere Bebauungsdichte zu prüfen und als Zweck der Planung nur „Wohnbebauung“ festzulegen.

Der Antragsteller stellt seinen Antrag vor und sagt zu, auch ein höheres Nutzungsmaß für das Grundstück zu akzeptieren.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

1. Der Aufstellung eines Bauleitplanes zur „1. Änderung Westlich der Goethestraße“ für das Grundstück Gemarkung Schneppenhausen, Flur 1, Flurstück Nr. 203/2, Lessingstraße, zum Zwecke der Errichtung von Wohnbebauung auf dem heutigen Parkplatzbereich wird zugestimmt.
2. Die Kosten der Planung hat der Veranlasser zu tragen.

Abstimmungsergebnis:

8	Ja-Stimmen	(3 CDU, 1 ALW, 1 FWW, 3 SPD)
1	Enthaltungen	(1 ALW)

Tagesordnungspunkt 4

**"Weg der Sinne" im Braunshardter Tännchen - Anfrage der ALW-Fraktion
Drucksache: VIII/0487/3**

Bürgermeister Rohrbach erläutert die Drucksache; insbesondere die Aufspaltung des „Weges der Sinne“ auf zwei Bereiche: „Braunshardter Tännchen“ und „Medienschiff“. Wobei der ursprüngliche Auftrag der Stadtverordnetenversammlung an den Magistrat einen „Weg der Sinne“ im Braunshardter Tännchen zu errichten, erhalten bleibt.

Die CDU-Fraktion fragt nach der Finanzierung des aufgeteilten Projektes. Der Teil des „Weges der Sinne“ am Medienschiff wird über die Marktplatzgestaltung finanziert. Für den Teilbereich Braunshardter Tännchen sind Mittel 2011 neu einzustellen.

Die SPD-Fraktion bittet, die Kosten der einzelnen Stationen zu überprüfen, da sie ihr zu hoch erscheinen.

Zurzeit handelt es sich bei den Kosten um eine Schätzung. Vor Ausführung werden Angebote eingeholt und die günstigste Variante wird beauftragt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Tagesordnungspunkt 5

Schlossplatzgestaltung am Braunshardter Schloss, Antrag der SPD-Fraktion

Drucksachen: VIII/0868 und VIII/0868/2

Bürgermeister Rohrbach stellt die Drucksache vor und weist darauf hin, dass auch 2011 keine Mittel für die Umsetzung zur Verfügung stehen werden. Eine weitergehende Planung muss durch ein Ingenieurbüro durchgeführt werden wodurch Kosten entstehen. Dieser Planungsauftrag sollte erst zeitnah zum Vorliegen einer realistischen Umsetzbarkeit erteilt werden.

Die Entwürfe der Verwaltung werden positiv aufgenommen.

Die SPD-Fraktion bittet, bei einer weiteren Bearbeitung der Entwürfe auf folgend Punkte zu achten:

- Sichtachsen zum Schloss,
- Verkehrsberuhigte Zone im Bereich des Schlossplatzes,
- Möglichkeit zum Betrieb einer Gastronomie auf dem Schlossplatz.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen und die Bebauung in die Finanzplanung aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Tagesordnungspunkt 6

Rechtsgutachten zum Ausbau der BAB A 5, Antrag der FWW-Fraktion

Drucksachen: VIII/0866 und VIII/0866/2

Stellungnahmen werden von allen Fraktionen abgegeben.

Die FWW-Fraktion befürchtet, dass nach der jetzt vorgesehenen Ertüchtigung der Standspur als zeitlich begrenzte Fahrspur, in Zukunft auf eine „Vorsorgemaßnahme Lärmschutz“ mit dem Argument verzichtet werden könnte, dass dann keine baulichen Veränderungen mehr stattfinden müssen. Deshalb fordert sie die sofortige Erstellung eines Rechtsgutachtens.

Bürgermeister Rohrbach weist darauf hin, dass bei einer Änderung einer Standspur in eine Fahrspur eine wesentliche Veränderung vorliegt und somit ein Planfeststellungsverfahren notwendig wird. Zum Zeitpunkt eines solchen Verfahrens kann ein Rechtsgutachten sinnvoll sein.

Die CDU-Fraktion beantragt, die ursprüngliche Drucksache VIII/0866 abzulehnen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

Die Drucksache wird zu Kenntnis genommen. Die ursprünglich in der Drucksache VIII/0866 geforderte Einholung eines Rechtgutachtens wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen (3 CDU, 2 ALW, 3 SPD)
1 Nein-Stimmen (1 FWW)

Tagesordnungspunkt 7

Entsorgung von Altmedikamenten, Antrag der ALW-Fraktion

Drucksache: VIII/0908

Herr Arlt von der Turm-Apotheke stellt das bisherige Entsorgungsverfahren für Altmedikamente vor. Die Einsammlung erfolgte durch eine Firma, die die Anlieferung zur Entsorgung in der Müllverbrennungsanlage durchführte. Die Firma führt die Einsammlung nicht mehr fort. Die Apotheken sind gezwungen, die bei ihnen abgegebenen Altmedikamente selbst zum Schadstoffmobil zu bringen.

Es werden Fragen zur Gefährlichkeit der Entsorgungswege und der Zwischenlagerung erörtert.

Da das durch Herrn Arlt vorgetragene Problem nicht die Entsorgung sondern die Einsammlung betrifft, schlägt Bürgermeister Rohrbach vor, die Einsammlung durch den städtischen Bauhof im Rahmen der regelmäßigen Touren zur Mülleimerleerung zu übernehmen. Somit kann ohne zusätzliche Kosten die Einsammlung stattfinden. Die Sicherheit bei der Zwischenlagerung kann gewährleistet werden, bzw. der Transport erfolgt direkt zur Entsorgung. Die Entsorgung erfolgt weiterhin in der Müllverbrennungsanlage.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

1. Der Magistrat wird beauftragt, die Altmedikamente bei den Apotheken einzusammeln und in der Müllverbrennungsanlage zu entsorgen.
2. Über die Erfahrungen mit diesem Verfahren ist Ende des Jahres 2010 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig



Lutz Köhler
Vorsitzender

Georg Latocha
Schriftführer